

## **Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 10. – 12. Dezember 2015**

Beschluss - Nr. 5

### **Nationale Bildungsallianz Bildungspolitische Wende für Einstieg, Aufstieg und Integration**

Ein anderes Wort für Zukunft ist Bildung. Heute entscheidet der Bildungserfolg stärker als je zuvor über die Berufs- und Lebensperspektiven der Menschen, ihre Chancen zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung und für eine freie, selbstbestimmte Lebensführung. Weil erfolgreiche Bildung zur Grundlage für soziale Teilhabe wie für sozialen Aufstieg wird, ist Chancengleichheit in der Bildung die Kernfrage sozialer Gerechtigkeit. Weder die Herkunft, noch die Geldbörse der Eltern darf über Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen entscheiden, sondern allein ihr Wollen, Wissen und Können.

Unser Bildungswesen ist gut, aber an entscheidenden Schlüsselstellen nicht gut genug. Seine empirisch regelmäßig bestätigte hohe soziale Selektivität ist die größte Quelle sozialer Ungerechtigkeit in unserem Land. Trotz Fortschritten in den Leistungsvergleichen seit dem PISA-Schock und den großen Anstrengungen der Länder ist der Bildungserfolg in Deutschland wie in keinem anderen vergleichbaren Industrieland sehr eng mit der sozialen Herkunft und ökonomischen Leistungsfähigkeit der Familie verknüpft. Damit werden wir dem berechtigten Anspruch, jedem jungen Menschen die gleichen Chancen auf eine qualitative Bildung und Ausbildung zu gewährleisten, nicht hinreichend gerecht.

Hinzu kommt, dass die große Zahl von Menschen, die aktuell als Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland kommen, unser Land vor eine große gesellschaftliche Herausforderung stellt. Das großartige ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger hat Deutschlands Bild in der Welt geprägt. Erste schnelle Entscheidungen von Bund, Länder und Kommunen haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, jetzt Maßnahmen für die nachhaltige Bewältigung der Integrationsherausforderungen einzuleiten.

Dem Bildungswesen kommt für die Bewältigung auch dieser großen Aufgaben eine Schlüsselrolle zu. Jeder zweite Asylbewerber ist jünger als 25 Jahre. Wenn die Prognose der KMK zutrifft, dann kommen mindestens rund 325.000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche zu uns. Die GEW rechnet für den Kitabereich mit 100.000 geflüchteten Kindern.

Bildung entscheidet somit maßgeblich über eine erfolgreiche Integration im Lebensverlauf. Unser Bildungssystem bietet daher große Chancen, den vielen Menschen eine Lebensperspektive zu geben, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und zugleich die großen wirtschaftlichen Potenziale zu realisieren. Neben dem schnellen Spracherwerb, der beruflichen Qualifizierung und vor allem der zügigen Arbeitsmarktintegration, bietet die erfolgreiche Bildung vor allem in den frühen Bildungsphasen die größte Chance auf einen nachhaltigen Integrationserfolg.

Unsere Kitas, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen sind heute allerdings quantitativ und qualitativ nicht ausreichend für diese Herausforderungen ausgestattet. Wir müssen in eine neue Richtung gehen und einen bildungspolitischen Neuanfang einleiten. Unser Bildungssystem muss sich qualitativ neu aufstellen und in vielen Bereichen auch wieder wachsen. Wir brauchen mehr Kita-Plätze, bessere frühkindliche Bildung, mehr Ganztagsplätze an Grundschulen, mehr Sozialarbeit an Schulen und vor allem mehr qualifizierte Betreuungs- und Lehrkräfte sowie praxisnahe Unterstützungsangebote in unseren Bildungseinrichtungen – und das in der gesamten Bildungsbiographie. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, wenn wir die Integrationschancen, die eine gute Bildung bietet, nutzen wollen.

Deutschland braucht nicht weniger als eine bildungspolitische Wende, hin zu mehr Investitionen insbesondere für bessere Kitas Schulen und Berufsschulen, zu mehr Mitteln für qualifiziertes Personal und zu mehr länderübergreifender Koordinierung der bildungspolitischen Maßnahmen.

Der gesellschaftliche Mehrwert dieser bildungspolitischen Wende für alle Bürgerinnen und Bürger ist groß. Denn von den Maßnahmen für ein nachhaltiges besseres Bildungssystem profitieren eben nicht nur die Flüchtlinge und ihre Kinder, sondern alle: Kinder und Jugendliche, Eltern, das Lehr- und Betreuungspersonal und nicht zuletzt die Wirtschaft und unsere Gesellschaft als Ganzes. Die bildungspolitische Wende ist der Weg, Integration, sozialen Aufstieg und gesellschaftlichen Fortschritt miteinander zu verbinden. Sie ist eine Chancen für alle: für die, die schon hier sind und die, die hier bleiben werden.

Der Bund muss für diese bildungspolitische Wende einen wichtigen Beitrag leisten, finanziell und auch konzeptionell. Seine Leistungsfähigkeit hat er mit dem erfolgreichen Kita-Ausbauprogramm und mit der nach wie vor größten Strukturreform im Schulwesen, dem Ganztagsschulprogramm, eindrucksvoll bewiesen. Allerdings sind ihm in vielen Bildungsbereichen wie der Schulbildung die Hände gebunden. Damit kann er in wichtigen Bildungsphasen wie in der Grundschulbildung keine Impulse setzen. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz verhindert derzeit, dass der Bund seine Gestaltungskraft und Finanzkraft für eine bessere Bildungsintegration einsetzt. Die Länder und die Kommunen leisten gegenwärtig bereits sehr viel und haben die Herausforderungen engagiert angenommen. Ohne zusätzliche Finanzmittel und eine bessere Zusammenarbeit der Akteure auf allen politischen Ebenen werden wir die Herausforderungen nicht bewältigen können. Wer die Chancen von Bildung für die Integration nachhaltig und umfassend nutzen will, muss das Kooperationsverbot im Grundgesetz jetzt abschaffen.

Bund, Länder und Kommunen müssen die bildungspolitische Wende als nationale Aufgabe anerkennen und eine gemeinsame Bildungsinitiative vereinbaren. Wir schlagen vor, eine nationale Bildungsallianz zu schließen, in der die Ziele, die konkreten Maßnahmen und die Koordinierungsstrukturen festgehalten sind.

#### **14 Bausteine für eine Nationale Bildungsallianz**

1. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz muss aufgehoben werden. Wir können uns es nicht mehr leisten, dass der Bund nur bei Naturkatastrophen oder Finanzkrisen in Schulen investieren darf.
2. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung, um spezifischen Integrationsbedürfnissen besser gerecht werden zu können. Hierzu zählen mehr

Sprachangebote ebenso wie soziales und interkulturelles Lernen. Das Sprach-Kitaprogramm des Bundes muss mindestens verdoppelt werden.

3. Eine zentrale Maßnahme ist ein zweites Ganztagsausbauprogramm, das sich insbesondere an die Grundschulen richtet. Gerade in den ersten Schuljahren brauchen Integrationsangebote mehr Zeit und Raum, um soziale Selektion und Segregation gar nicht erst entstehen zu lassen. Dafür müssen personellen und konzeptionellen, aber auch die baulichen Voraussetzungen durch Neu- und Umbaumaßnahmen wie Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden. Ein konkretes Ziel ist es, den Anteil der Grundschülerinnen und -schüler, die an Ganztagsangeboten teilnehmen, von derzeit 30 auf 50 Prozent zu heben. Darüber hinaus müssen wir die qualitative Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten voranbringen.
4. Überfällig ist der flächendeckende Ausbau der Sozialarbeit an allen Schulen, so dass sie alle Schülerinnen und Schüler, alle Eltern und alle Lehrkräfte erreicht werden. Gerade mit Hinblick auf die besonderen Integrationserfordernisse sind die psychologischen und sozialpädagogischen Hilfen und Leistungen einer systematischen und unterstützenden Schulsozialarbeit sowie Schulpsychologie unverzichtbar.
5. Der erfolgreiche Spracherwerb ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Das Angebot an Sprach- und Integrationskursen muss deshalb weiterentwickelt werden. Insbesondere die Qualifizierung junger Erwachsener ist auf eine schnelle und erfolgreiche sprachliche Vorbereitung angewiesen. Das Angebot an Integrationskursen für junge Erwachsene (Jugendintegrationskurse) muss ausgebaut werden, um deren Integration in die duale Ausbildung zu stärken. Die beschlossene Ausweitung der Sprachkurse und der Berufsnachqualifizierung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist deshalb ein richtiger erster Schritt, insbesondere auch die beschlossene Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber mit Bleibeperspektive. Wir wollen auch die Erstaufnahmeeinrichtungen mittelfristig darin unterstützen, soweit möglich ergänzende Sprachangebote schon in diesen ersten frühen Phasen des Aufenthalts in Deutschland aufzubauen; Online-Lernangebote zum Spracherwerb unter Betreuung von geschulten Ehrenamtlichen können hier zum Einsatz kommen. Wer aber Qualität sichern will, muss gerade bei der Ausweitung der Integrations- und Sprachkurse eine angemessene Vergütung für die Integrationskurs-Lehrkräfte sicherstellen und hier die Trägerorganisationen unterstützen.
6. Die duale Ausbildung bietet gute Möglichkeiten für die Aus- und Weiterbildung von Menschen mit noch geringen Sprachkenntnissen. Die Praxis hat gezeigt, dass duale Ausbildungsberufe eine sehr hohe Akzeptanz bei Flüchtlingen und Asylantragstellenden erfahren. Darüber hinaus kann die Integration durch eine duale Ausbildung einen Beitrag zur Deckung des steigenden Fachkräftebedarfs leisten. Wir wollen Flüchtlingen und Asylsuchenden Wege in die duale Ausbildung öffnen. Dabei gilt es, auch die Ausbildungsgeber bestmöglich zu unterstützen. Hierzu wollen wir die Beratung zu rechtlichen Angelegenheiten und Visafragen, zu Fragen der Vorrangprüfung sowie zur Förderung der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Integration verbessern.
7. Die Potenziale der berufsbildenden Schulen für die Integration durch Bildung und im Vorfeld einer beruflichen Ausbildung sind stärker in den Blick zu nehmen. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht mehr schulpflichtig sind, bieten sie eine wichtige Brücke, um Spracherwerb und erste praktische Erfahrungen im schulischen Umfeld und in den Ausbildungswerkstätten mit externen Betriebspraktika wie z.B. der Einstiegsqualifizierung der BA zu verbinden und diese zu flankieren. So kann der Übergang in eine reguläre duale Berufsausbildung besser gelingen. Die Berufsschulen sind für diese Brückenfunktion besser auszustatten.

8. Viele Hochschulen ergreifen schon jetzt erste Maßnahmen, um Zugänge zur akademischen Bildung zu öffnen und unbürokratisch integrative Hilfsangebote zu schaffen. Die Hochschulen müssen ebenfalls beim Ausbau von Sprachförderangeboten unterstützt werden, weil Studienkollegs allein nicht ausreichen. Hierbei können der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) sowie die Stiftungen insgesamt einen wichtigen Beitrag leisten.
9. Gut ausgebildetes sozialpädagogisches Fachpersonal und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für ein integratives Bildungswesen. Wir brauchen deutliche mehr Absolventinnen und Absolventen in allen sozialen und pädagogischen Berufen, wenn wir die steigenden Bedarfe decken wollen. Wir brauchen mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, damit das Personal auch die Vielfalt der Lernenden in den Bildungseinrichtungen widerspiegelt. Die Ausbildung von Sozialassistentinnen und –assistenten, von Sozialpädagoginnen und –pädagogen wie auch von Erzieherinnen und Erziehern muss weiterentwickelt und zukünftig in dualer Form, gebührenfrei und mit einer angemessenen Ausbildungsvergütung angeboten werden. Zur Gewinnung und Ausbildung von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern an berufsbildenden Schulen brauchen wir dringend eine gemeinsame Fachkräfteoffensive von Bund und Ländern. Insgesamt müssen wir klare Anreize setzen, etwa über die Vergütung, über zusätzliche Karriereaussichten oder über neue Wege für Quereinstiege mit berufsbegleitender Qualifikation. Für eine Übergangsphase werden wir soweit möglich auf alle Lehrpotenziale zurückgreifen müssen und etwa Anreize setzen, um Fachkräfte aus dem Ruhestand zu holen oder um Teilzeitarbeitsvolumen anzuheben. Lehrkräfte insbesondere an Grundschulen sowie Erzieherinnen und Erzieher in Kitas müssen bei der neuen vielfältigeren Zusammensetzung der Lerngruppen über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen besser auf heterogene Lerngruppen vorbereitet und auch im Alltag stärker unterstützt werden. Digitale Lernangebote und qualitative, freie Lehrinhalte (Open Educational Resources) bieten hier zusätzliche Unterstützungspotenziale.
10. Eine erfolgreiche Bildungsintegration muss sich auch lohnen. Menschen, die bei uns eine Berufsausbildung oder die akademische Ausbildung erfolgreich absolviert haben, müssen einen dauerhaften Aufenthaltstitel erhalten, um ihre Qualifikationen auch einbringen zu können. Duldungen sollten zudem in eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Ausbildungsdauer umgewandelt werden, um überflüssige Bürokratie abzubauen.
11. Wir müssen die mitgebrachten schulischen, beruflichen sowie akademischen Qualifikationen und Kompetenzen der Flüchtlinge so früh wie möglich erfassen. Nur so ist eine fundierte, evidenzbasierte Politik möglich und können Maßnahmen sinnvoll auf Zielgruppen ausgerichtet und in ihrem erforderlichen Umfang bestimmt werden.
12. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse nach dem Anerkennungsgesetz des Bundes und der Länder muss stärker auf die neuen Anforderungen hin ausgerichtet werden. Die Stärkung der Zentralstelle für ausländische Bildungswesen in Bonn ist ein erster Schritt. Noch wichtiger sind systematische Angebote zur Anpassungs- und Nachqualifizierung sowie Brückenmaßnahmen für nicht reglementierte Berufe, um auf mitgebrachte Kompetenzen besser aufbauen zu können. Wir brauchen stärkere Anreize, diese dann auch zu nutzen, etwa Qualifizierungszuschüsse und ein „Einstiegs-Darlehen“. Damit könnten Verfahrens- und Maßnahmekosten sozial abgedeckt sowie angemessene Unterhaltsleistungen bei erforderlichen Anpassungsqualifizierungen besser unterstützt werden. Unser Ziel bleibt, eine flächendeckende Betreuung und Begleitung der Menschen vor Ort während des ohnehin komplizierten Verfahrens zu gewährleisten.
13. Im Rahmen der Alphabetisierungs-Dekade müssen Bund und Länder ihre Mittel deutlich aufstocken. Allein der Bund stellt für die bereits in Deutschland lebenden ca. 7,5 Mio.

funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten in den nächsten 10 Jahren mindestens 180 Mio. Euro zur Verfügung. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Bereich Alphabetisierung aufgrund steigender Flüchtlingszahlen muss auch die Alphabetisierungsdekade neu dimensioniert werden. Denn eine zunehmende Konkurrenz der Betroffenen können wir uns bei diesem wichtigen Anliegen nicht leisten.

14. Auch in der Bildungsförderung engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich mit den Kompetenzen, die sie in die Bildungsberatung, -begleitung und -förderung einbringen können. Diese freiwilligen „Bildungshelfer“ werden für eine absehbare Zeit noch unverzichtbar sein, gerade auch im Sinne von „Kulturbotschaftern für Bildung“ auch aus dem Kreis der hier bereits gut integrierten Migranten. Diese Freiwilligen müssen in ihrer Bildungsarbeit durch Fortbildung und Schulungsangebote unterstützt werden und gleichzeitig auch persönliche Anerkennung erfahren.